L1 Für eine starke Gesellschaft mit Zukunft: Kein Rotstift bei Naturschutz, Klima und gesellschaftlichem Zusammenhalt

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 03.10.2025
Tagesordnungspunkt: 4 Leitantrag

Antragstext

Die kommenden Jahre entscheiden, ob Thüringen die Grundlagen für eine gerechte,

klimaneutrale Zukunft schafft – oder abgehängt wird. Die kommenden Jahre

entscheiden auch, ob wir in Thüringen als Gesellschaft zusammen wachsen und

zusammen halten, um den Herausforderungen unserer Zeit gemeinsam begegnen können

– sei es Klimakrise, Artensterben, demografischer Wandel, zunehmende soziale

Ungerechtigkeit oder ein immer weiter erstarkender Rechtsruck, der nicht nur von

den Rändern, sondern längst aus der Mitte der Gesellschaft kommt. Jetzt werden

die Weichen gestellt für ein ökologisch, soziales und demokratisch gestaltetes

Thüringen, das handlungsfähig bleibt, in Menschen investiert und allen eine gute

Perspektive und sicheres Leben bietet. Der Doppelhaushalt 2026/27 der Brombeere

ist dabei das deutlichste Signal, welche Zukunft die aktuelle Regierung für

12 Thüringen vorsieht. Statt Zukunft zu finanzieren, setzt die Brombeerkoalition in

ihrem Entwurf auf Kürzungen bei Natur- und Klimaschutz, Sozialem, Integration

oder Kultur und verpasst so die Chance, das Land fit für die 2030er Jahre zu

machen. Anstatt die Grundlage für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein

friedliches Miteinander zu legen, setzt auch sie auf eine Politik der Spaltung.

Es ist eine der politischen Gretchenfragen unserer Zeit, wie sich Parteien

gegenüber Veränderungen aufstellen. Während rechts-konservative Kräfte den

19 Menschen vorgaukeln, ein Beharren auf altbekannten Mustern und ein zurück ins

Gestern wäre möglich, ist für uns klar: ohne Veränderung wird es nicht gehen.

21 Entscheidend ist jedoch, die Angst vor dem Wandel zu nehmen, dafür zu sorgen,

dass niemand zurückgelassen wird und eine vielversprechende Zukunft für alle zu

schaffen.

Diese Veränderungen kosten Mut, aber sie sind unumgänglich. Stimmungsmache gegen

25 Erneuerbare, gegen Zuwanderung und gesellschaftliche Vielfalt, gegen Klimaschutz

und eine solidarische Gesellschaft helfen nicht, die anstehenden Probleme zu

27 bewältigen. Und während konservative Politik noch dabei ist, das Gestern zu

feiern, droht unser Land den Anschluss zu verlieren. So steht unsere

29 Gesellschaft vor einer noch tieferen Spaltung: zwischen jenen, die bereit sind

für Veränderung und daraus Nutzen ziehen können, und jenen, die Angst davor

haben und Gefahr laufen, zurückzubleiben.

Um dieser Spaltung etwas entgegenzusetzen, müssen wir jetzt neue Bündnisse

schmieden, mit Menschen in ganz Thüringen ins Gespräch kommen und immer wieder

darauf drängen, jetzt entschlossen anzupacken. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen

ss wollen zeigen, dass ein Land möglich ist, das mutig handelt, zusammenführt und

in die Zukunft investiert, statt sie zu verspielen. Es braucht starke Stimmen,

die sich vor den wichtigsten Fragen unserer Zeit nicht wegducken, sondern sie

auf die politische Agenda holen und anpacken.

Artenvielfalt erhalten, Lebensgrundlagen schützen

- 40 Nicht nur die Klimakrise stellt unsere Gesellschaft vor ungeahnte
- 41 Herausforderungen das Artensterben hat mindestens ebenso große negative
- 42 Auswirkung auf unsere Welt. Inzwischen wurden sieben von neun planetaren Grenzen
- 43 überschritten darunter Verlust der Biosphäre, Landnutzungswandel und chemische
- Verschmutzung. Die Stabilität von Ökosystemen weltweit ist bedroht, mit direkten
- Folgen für Ernährungssicherheit, Gesundheit und Wirtschaft. Diese Krise zeigt
- sich auch bei uns: Wälder sterben, Arten verschwinden, Landschaften verlieren
- 47 ihre Vielfalt.
- 48 Unsere Thüringer Kulturlandschaft verdankt ihren Erhalt dem Engagement
- zahlreicher Naturschutzverbände: Sie entbuschen Trockenrasen, mähen Bergwiesen,
- 50 errichten Krötenzäune und sichern Lebensräume. Unter bündnisgrüner Führung
- wurden mit einem dichten Netz an Natura-2000-Stationen und der Etablierung des
- Grünen Bandes als nationales Naturmonument bundesweit Maßstäbe gesetzt. Dass der
- 53 BSW-Umweltminister nun gerade hier kürzt, zeigt, dass weder die leidvolle
- 54 Geschichte der deutschen Teilung noch der Erhalt unserer Lebensgrundlagen für
- 55 diese Landesregierung Bedeutung haben. Statt Verantwortung zu übernehmen,
- verweist sie auf Bund oder Ehrenamt und zerstört so Vertrauen und lang
- 57 gewachsene Bündnisse zwischen Regierung und Verbänden.
- 58 Wir BÜNDNISGRÜNEN stehen an der Seite der Naturschutzverbände. Naturschutz ist
- se keine freiwillige Leistung, sondern Pflichtaufgabe. Thüringen braucht eine
- gesicherte Finanzierung des Naturschutzes und deutlich höhere Zuschüsse in den
- kommenden Jahren. In Zeiten der Biodiversitätskrise, in der Arten schneller
- verschwinden als je zuvor, muss der Schutz unserer Lebensgrundlagen endlich zur
- politischen Priorität werden, gemeinsam mit Zivilgesellschaft, Verbänden und
- 64 Wissenschaft.
- 65 Kommunen unterstützen, Klimaschutz ermöglichen
- 66 Um unsere Lebensgrundlagen zu schützen, braucht es auch konsequenten
- 67 Klimaschutz. Thüringen ist eines der am stärksten von der Klimakrise betroffenen
- 68 Bundesländer: Hitze, Dürre und Starkregen wechseln sich hier in beispielloser
- 69 Geschwindigkeit ab. Auch die wirtschaftlichen Folgen sind für unseren Freistaat
- 70 enorm: Ernteausfälle, Waldschäden und Hochwasserkosten treffen Land, Kommunen,
- Landwirt*innen und Unternehmen gleichermaßen. Darum muss Thüringen zum Land mit
- den höchsten Ausgaben für Klimaschutz und Klimaanpassung pro Kopf werden im
- eigenen Interesse und aus unserer globalen Verantwortung.
- Konsequenter Klimaschutz eröffnet für Thüringen zugleich große Chancen:
- 75 Investitionen in erneuerbare Energien, eine nachhaltige Wärmeversorgung,
- 76 zukunftsorientierte Mobilität und digitale Infrastruktur schaffen Wertschöpfung
- und sichern Arbeitsplätze. Jeder Euro, der in Gebäudesanierung, Solarenergie
- oder klimafreundliche Mobilität fließt, senkt zukünftige Folgekosten und stärkt
- 79 regionale Betriebe. Unter bündnisgrüner Führung haben Programme wie Klima
- 80 Investund der Klimapakt Kommunen befähigt, selbst Klimaschutz zu betreiben von
- LED-Straßenbeleuchtung über Trinkbrunnen bis zu Solaranlagen auf Schulen. Mit
- der Streichung von Klima Invest und der Reduzierung des Klimapakts auf das
- 83 Nötigste legt die Brombeerkoalition Klimaschutz und -anpassung auf Eis und
- 84 betreibt damit eine Politik von Gestern mit fatalen Folgen. Damit macht die
- 85 Landesregierung unmissverständlich deutlich: Ihr ist es gleichgültig, dass
- 86 fehlender Klimaschutz unserer Gesellschaft teuer zu stehen kommt und
- 87 insbesondere die Schwächsten am stärksten darunter leiden.

- 88 Stattdessen lässt die Brombeere die Kommunen mit den steigenden Kosten allein,
- mit ernsten Folgen: Klimaschutzmanager*innen werden gestrichen, wichtige
- Projekte wie energetische Sanierungen oder Radwege werden verschoben. Wenn Land
- und Bund Kommunen finanziell im Stich lassen und damit handlungsunfähig machen,
- verfallen öffentliche Räume und wächst der Frust über eine Politik, die
- 93 Verantwortung nicht sieht oder abwälzt.
- 94 Wir fordern deshalb: Mindestens 50 Millionen Euro jährlich für kommunale
- 95 Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen. Denn Klimaschutz wird vor Ort erlebbar –
- durch Bäume auf überhitzten Plätzen, Sonnensegel über Spielplätzen, eine dichte
- 97 Bus-Taktung oder sanierte Dorfgemeinschaftshäusern.
- 98 Klimaschutz, der gezielt entlastet
- 99 Eine Politik, die Benachteiligungen nicht ausgleicht und Lasten nicht gerecht
- verteilt, sorgt für Enttäuschung und Politikverdrossenheit bei Bürger*innen.
- 101 Statt gegen Wärmewende, erneuerbare Energien und Klimaschutz Stimmung zu machen,
- sollten Landes- und Bundesregierung lieber den Mut haben, für gesellschaftliche
- 103 Veränderungen einzustehen und diese endlich sozial gerecht zu gestalten. Es
- mutet geradezu grotesk an, dass immer wieder Menschen, deren Einkommen kaum zum
- 105 Leben reicht, als Ausrede gegen wirksamen Klimaschutz herhalten müssen. Sind es
- doch gerade sie, die am stärksten unter den Folgen der Klimakrise leiden. Sie
- spüren die steigenden Mietnebenkosten und Wärmepreise am meisten. Sie können den
- Preisanstieg für das Deutschlandticket nicht mehr aufbringen. Sie wohnen
- häufiger an den stark befahrenen Straßen und werden krank von Lärm und Abgasen.
- Deshalb können gerade Menschen mit wenig Geld auch am meisten von gut gemachtem
- Klimaschutz profitieren. Wir wollen gezielt diejenigen entlasten, die am
- wenigsten haben. Im Landeshaushalt finden sich dazu zu wenig Maßnahmen. Dabei
- liegt es auf der Hand: finanzielle Unterstützung für Kommunen für Umrüstung auf
- erneuerbare Wärme; Förderprogramme für energetische Sanierungen von Wohnungen,
- sodass Mietsteigerungen ausbleiben; ein bezahlbares Angebot von Bus und Bahn im
- ganzen Land; eine spürbare Energiewende durch ein Förderprogramm für
- 117 Balkonkraftwerke für Haushalte mit geringem Einkommen. Das sind gute Beispiele
- 118 für eine gerechte Klimapolitik, die ökologisch wie sozial wirkt und alle
- 119 mitnimmt.
- Der Brombeere dagegen scheint eine sozial gerechte Politik egal zu sein, wenn
- beispielsweise der beliebte Reparaturbonus gestrichen wird. Mit dem
- unkomplizierten Zuschuss wurden Reparaturen auch für Menschen mit kleinem
- 123 Geldbeutel erschwinglich. So konnten tausende Geräte erhalten und Elektroschrott
- vermieden werden. Dass dieser vergleichsweise kleine Topf nun aus angeblichem
- 125 Sparzwang gestrichen werden soll, ist absurd und unglaubwürdig. Thüringen hatte
- dank bündnisgrüner Regierungsbeteiligung eine bundesweite Vorreiterrolle. Nun
- begeht die Landesregierung Sabotage an den Menschen in Thüringen. Wir fordern
- den Erhalt des Reparaturbonus mit 1 Million Euro pro Jahr!
- 29 Solidarität statt Spaltung
- Für uns ist klar: die Antwort auf die steigende soziale Kluft ist eine
- solidarische Politik. Stattdessen erleben wir bundesweit, auch in Thüringen, wie
- gegen den Sozialstaat Stimmung gemacht und damit gesellschaftliche Spaltung
- gezielt befeuert wird. Sozialleistungen, die gerade so das Überleben sichern,
- werden verteufelt. Teilhabe wird zum Luxus, während über Kürzungen beim
- 135 Existenzminimum oder Arbeitspflicht für Bürgergeldempfänger*innen diskutiert

- wird. Die Brombeere, aber auch die Bundesregierung setzen dabei ebenfalls auf
- Spaltung: mit Sozialkürzungen und Law-and-Order-Politik. Über die eigentliche
- Probleme wird dadurch nicht diskutiert, beispielsweise dass Kommunen mit
- steigenden Sozialkosten allein gelassen werden und immer häufiger mit Kürzungen
- 140 bei den freiwilligen Leistungen reagieren müssen. Dabei machen gerade
- 141 Investitionen in Kunst, Kultur, Sport oder neue Grünflächen das Leben vor Ort
- 142 lebenswert.
- 143 Wer Menschen ihre existentiellen Grundlagen entzieht, treibt sie gegeneinander.
- 144 Wer Ängste nur mit Härte beantwortet, zerstört Vertrauen. Besonders gefährlich
- ist das bewusste Gegeneinander-Ausspielen von Bevölkerungsgruppen: Migrant*innen
- gegen Erwerbslose, Arbeitslose gegen Geringverdienende, queere Menschen gegen
- religiöse Gruppen, jung gegen alt, Stadt gegen Land. So entsteht Misstrauen
- 148 statt Miteinander.
- Dabei muss es das Ziel sein, genau dieses Miteinander zu fördern. Denn Thüringen
- lebt von den Menschen, die sich täglich einbringen: im Sprachunterricht für
- 151 Geflüchtete, bei Initiativen für mehr Grün oder beim lokalen CSD. Unser
- 252 Zusammenleben funktioniert oft nur durch das
- 53 Engagement Einzelner. Ehrenamt und zivilgesellschaftliches Engagement sind keine
- Freizeitgestaltung, sondern das Rückgrat unserer Gesellschaft. Sie stiften
- 155 Vertrauen, schaffen Zusammenhalt, sichern Teilhabe und eine solidarische
- 2156 Zukunft. Damit das gelingt, brauchen sie verlässliche Finanzierung und eine
- 157 Anerkennung als echte Partner der Politik.
- Die von der CDU gelobte "Ehrenamtsförderung" hilft dabei nicht: Sie ist
- intransparent, verteilt Gelder nach Gutdünken und schafft keine dauerhafte
- 160 Strukturen. Wer zivilgesellschaftliches Engagement wirklich stärken will, muss
- auch hauptamtliche Personalstellen finanzieren. Ehrenamt braucht professionelle
- 162 Begleitung sonst bleibt es Alibi.
- Für die Zukunft sind wir nur gemeinsam gewappnet. Gesellschaftliche Teilhabe für
- alle Menschen ermöglichen, Vielfalt sichtbar machen und diejenigen unterstützen,
- 165 die Haltung zeigen das ist die Basis einer lebendigen Demokratie und unseres
- 166 gesellschaftlichen Zusammenhalts. Initiativen wie ezra, mobit, das IDZ oder das
- 167 Netzwerk Demokratiebildung leisten hierfür unverzichtbare Arbeit in Form von
- 168 Beratung, Analyse und Bildung. Doch der Landeshaushalt setzt auch hier falsche
- Prioritäten: Fördermittel für zivilgesellschaftliche Projekte halten mit den
- 170 Bedarfen nicht Schritt, Strukturen drohen wegzubrechen. Statt
- Zuverlässigkeit gibt es befristete Projekte und dadurch Unsicherheit . Darum
- fordern wir ein Demokratiefördergesetz und den Ausbau der Fördertöpfe.
- 173 Kurzfristig müssen die Mittel für das Landesprogramm Demokratie, Toleranz und
- Weltoffenheit auf 7 Millionen Euro steigen.
- Auch die Kürzungen im Bereich gesellschaftliche Vielfalt, Antidiskriminierung
- sowie Integration sind der falsche Weg. Anlaufstellen wie das Queere Zentrum
- Erfurt oder Integrationsprojekte für Geflüchtete haben unschätzbare Bedeutung
- und leisten enormes, damit alle Menschen eine Chance haben, Teil unserer
- 179 Gesellschaft zu sein und keine Ausgrenzung zu erfahren. Diese und viele andere
- 180 Projekte sind jetzt von einem Kahlschlag bedroht. Dabei braucht es jetzt mehr
- Einsatz für eine offene Gesellschaft, um gesellschaftlichen Zusammenhalt zu
- stärken. Denn die Qualität einer Demokratie bemisst sich auch daran, wie sie

- ihre Minderheiten und vulnerablen Gruppen schützt. Daher fordern wir eine
- 184 Rücknahme der Kürzungen und eine Aufstockung der Fördertöpfe.
- Doch das allein reicht nicht. Zusammenhalt braucht Verständnis, die nur durch
- 186 Begegnung entstehen kann. Menschen, die sonst wenig miteinander zu tun haben,
- brauchen Gelegenheiten, um zusammenzukommen. Thüringen braucht eine Offensive
- 188 für Begegnungsorte damit in ganz Thüringen mehr Dorfgemeinschaftshäuser,
- 189 Stadtteilbüros,
- 190 Mehrgenerationenhäuser und selbstverwaltete Räumlichkeiten für
- 191 zivilgesellschaftliche Initiativen entstehen, mit verlässlicher und
- 192 niedrigschwelliger Förderung. So stärken wir den Zusammenhalt durch Begegnung
- und Austausch, wirken Vereinzelung und Einsamkeit entgegen.
- 194 Investitionen in die Zukunft und Zusammenhalt
- Die anstehenden Veränderungen schaffen wir nur mit starkem gesellschaftlichen
- 296 Zusammenhalt. Dafür müssen wir Spaltung überwinden und Solidarität zur Leitlinie
- aller Politik machen. Nur dann können wir dem Artensterben und der Klimakrise
- etwas entgegensetzen und unser Land fit für die Zukunft machen. Das muss sich
- auch im neuen Landeshaushalt zeigen: Es kommt darauf an, Perspektiven zu
- 200 eröffnen und den Menschen in Thüringen Planbarkeit zu geben. Werden
- Zukunftsaufgaben gestrichen, wächst Politikverdrossenheit und profitieren jene,
- 202 die den Staat schwächen wollen.
- 203 Wir BÜNDNISGRÜNEN Thüringen fordern eine vorausschauende, gerechte Politik und
- 204 einen Haushalt, der dies widerspiegelt: mit Mitteln zum Erhalt der
- 205 Artenvielfalt, für Klimaschutz und Anpassung, für Schulen, Kindergärten und
- 206 Jugend, für Energiewende, klimaneutrale Wirtschaft, öffentliche Räume und
- Mobilität. So entstehen Innovation, regionale Wertschöpfung und Perspektiven,
- 208 damit junge Menschen bleiben, weil sie gute Arbeit und Lebensqualität finden. So
- 209 entsteht eine Politik, die Zusammenhalt stärkt, Vertrauen in Demokratie schafft
- und Zukunft eröffnet. Schulden sind dabei kein Problem, sondern ein Werkzeug
 - wenn sie für echte Zukunftsausgaben genutzt werden.
- 212 Wir wollen ein Land, das Menschen zusammenbringt, Kommunen stärkt und gerecht
- vorangeht. Und wir laden ein, gemeinsam Druck zu machen, in Vereinen, Räten,
- Initiativen und Nachbarschaften. Damit bei der nächsten Wahl nicht das Gestern,
- 215 sondern das Morgen entscheidet.

Unterstützer*innen

Clara Käßner (KV Gera); Roman Hilscher (KV Wartburgkreis/Stadt Eisenach)